

13.658 Entlassungen im Monat August

Entlassungen ohne Ende

Der Monat August brachte erneut Entlassungen von Seiten des Staates. Die Intensität der Zerstörung des Arbeitsmarktes seit Regierungsantritt der Koalition "Cambiemos" ist ungebrochen.

Für den Verlust an Arbeitsstellen ist keine Bremse in Sicht. Im Monat August wurden zusätzlich weitere 13.658 Personen entlassen oder mussten Zwangsurlaub (in Argentinien unbezahlt!) hinnehmen. Diese Zahl zeigt, dass die Größenordnung, in der sich die Zerstörung von Arbeitsplätzen bewegt, unverändert hoch ist. Im Juni gab es 11.721 Fälle, im Juli 15.137 und im August kamen diese 13.658 dazu. "Diese Entwicklung macht deutlich, dass das Abkommen von Präsident Macri mit den Arbeitgebern eine Farce ist" erklärt das Centro de Economía Política Argentina (CEPA - Zentrum für politische Ökonomie Argentinien <http://centrocepa.com.ar>), das diese Daten erhebt: Unabhängig von dem Abkommen, das in der Theorie von Mai bis Juli 90 Tage ohne Entlassungen vorsah, blieb der Monatsdurchschnitt der Anzahl von Entlassungen unverändert. Dazu kommt, dass im Monat August auch der Staat als Arbeitgeber wieder Entlassungen verfügte.

"Im Juli waren die Entlassungen im Bereich öffentliche Dienste unbedeutend, aber im August sind sie wieder angestiegen, sowohl im Bereich der Bundeseinrichtungen als auch in den Provinzen", so Hernán Letcher, Direktor des CEPA.

CEPA verfolgt die Entwicklung der Arbeitsmarktlage Monat für Monat. Seit der Regierungsübernahme am 10. Dezember 2015, summieren Entlassungen und Zwangsurlaubungen 208.000 Fälle. Diese Zahl verteilt sich zu 66,07 Prozent (137.483 Betroffene) auf den privaten Sektor, und zu 33,93 Prozent (70.597 Fälle) auf staatliche Angestellte.

"Weit entfernt davon, den für die zweite Jahreshälfte immer wieder beschworenen Aufschwung zu dokumentieren, zeigt die neue Entlassungswelle im Bereich der staatlichen Stellen zusammen mit dem unveränderten Umfang des Arbeitsplätzeabbaus im privaten Sektor nur, dass sich die in den ersten 7 Monaten der neuen Regierung beobachteten Tendenzen vertiefen", unterstreichen die Wissenschaftler.

Verlauf. Wir erinnern uns: Startsignal für den Arbeitsplätzeabbau war die Entscheidung Präsident Macris, im Bereich der öffentlichen Verwaltung massive Entlassungen durchzuführen. Mit dem Argument, die Behörden von "fiktiven Stellen" oder von nicht sachlich, sondern parteipolitisch motivierten Stellen zu säubern (und auf diese Weise einen "aufgeblähten Apparat auf die angemessene Größe zu dimensionieren"), wurden während der Sommermonate Dezember bis Februar mehr als 60.000 MitarbeiterInnen auf die Straße gesetzt. Aber schon im Monat März übertraf die Zahl der Entlassungen im privaten Sektor die im Bereich der öffentlichen Dienste. In den folgenden Monaten nahm diese Zahl immer mehr zu: von einem Anteil von 56,84 Prozent im März stieg sie auf 61,22 Prozent im April, 61,83 Prozent im Mai, 62,96 Prozent im Juni, 65,34 im Juli und 66,07 Prozent im August. Die Entlassungen aus staatlichen Anstellungen (auf Bundes-, Provinz- und Kommunalebene) "verminderten" sich in diesem Zeitraum von 43,16 Prozent im März auf 33,93 Prozent im August. Allerdings verzeichnete dieser letzte Monat einen erneuten

Anstieg der Entlassungen aus staatlichen anstellungen: Im Juli waren es "nur" 988, im August dafür 3.205.

In welchen Bereichen wurden staatlich Angestellte im August entlassen? Auf Bundesebene sind 200 Entlassungen im Erziehungsministerium hervorzuheben und weitere 250 im Call Center des Energieministeriums. Außerdem wurden 800 Plätze (= Forschungsprojekte) im Conicet (<http://www.conicet.gov.ar>) ausgesetzt, der wichtigsten staatlichen Einrichtung zur Förderung der Wissenschaft und Technologie, obwohl die entsprechenden Bewerbungsverfahren erfolgreich abgeschlossen worden waren. In den Provinzen gab es Entlassungen bei staatlichen Angestellten in Córdoba, den Verantwortlichen für kulturelle Workshops in Tierra del Fuego und bei den Verantwortlichen für Fortbildungen im Bereich Erziehung in Jujuy. Auch die Stelle für Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel in Córdoba und das Pädiatrie-Krankenhaus in der Provinz Chaco waren betroffen.

Bereich Industrie. Die textilverarbeitende Industrie hatte einen weiteren schwierigen Monat. Als Konsequenz der Öffnung für Importationen ging die einheimische Produktion weiter zurück, was zu mehr als 1.100 Fällen von Zwangsurlaub führte. Die grosse Firma Alpargatas verfügte Zwangsurlaub für 150 Beschäftigte in der Fabrik in Florencio Varela, die Firma Karavell tat dasselbe in der Stadt Mercedes. Die Zahl der dokumentierten Entlassungen betrug 124, aber die reale Zahl dürfte höher sein, da bei diesem Industriezweig der Umfang der "schwarz" Beschäftigten sehr hoch ist. Auch die metallverarbeitende Industrie und der Autobau waren betroffen, unter anderem gab es Zwangsurlaub bei Ford, Volkswagen und FIAT, bei Renault Entlassungen. Die Firmen, die Haushaltselektrik und elektronische Artikel herstellen, wurden am stärksten von Entlassungen betroffen - über 800 - was die Konsequenzen der Rückgangs des internen Konsums deutlich macht.

Bereich Einzelhandel und Dienstleistungen. Aus dem gleichen Grund - Rückgang der Kaufkraft der Konsumenten - ist im Bereich Einzelhandel und Dienstleistungen die größte Einbuße an Arbeitsstellen zu verzeichnen. Der Umfang der Entlassungen war allerdings deutlich geringer als im Vormonat.

Laura Vales

Página12 del 15. September 2016